

Märkisch Oderland vom 1./2. Februar 2020

MOZ-Chefredakteur Claus Liesegang und Dietrich Schröder

Russlands Botschafter Sergej Netschajew: "Unsere Beziehungen sind wichtig für Europa"

Berlin (MOZ) Für Russland hat das 75. Jubiläum der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in diesem Jahr eine mindestens genauso große Bedeutung wie für Deutschland. Denn die Geschichte beider Länder, die sich vor einem Dreivierteljahrhundert als Kriegsgegner beziehungsweise als Befreier und Befreite vom Hitlerfaschismus gegenüberstanden, wurde von diesem Ereignis entscheidend geprägt. Im schriftlich geführten Interview mit unserer Zeitung stellt der Botschafter der Russischen Föderation, Sergej Netschajew, die Sicht seines Landes auf die damaligen Ereignisse und die heutigen deutsch-russischen Beziehungen dar.

Herr Botschafter Netschajew, welche Bedeutung hat der Zweite Weltkrieg noch heute für Ihr Land?

Der Zweite Weltkrieg nimmt einen besonderen Platz in der Erinnerung einer jeden russischen Familie ein. Die Sowjetunion zahlte einen schrecklichen Preis für die Befreiung Europas und der ganzen Welt vom Nazismus. Für den Sieg wurde ein Zoll von 27 Millionen Menschenleben, unzählige Zerstörungen, Kummer und Leid einfacher Menschen entrichtet.

Umso bedauerlicher ist es, wenn man heute in einigen europäischen Ländern versucht, aus den Geschichtsbüchern die Kapitel über den entscheidenden Anteil der Roten Armee und des multinationalen sowjetischen Volkes an der Zerschlagung des Faschismus auszuradiieren. Man verfällt somit in die historische Gedächtnislosigkeit. Der Präsident Russlands Wladimir Putin sagte in diesem Zusammenhang: "Das Vergessen der Vergangenheit und die Vereinzelung im Angesicht von Bedrohungen können schreckliche Konsequenzen haben".

Nehmen Deutschland als Ganzes und speziell auch Brandenburg, auf dessen Territorium sich die Kämpfe im Frühjahr 1945 abgespiegelt haben, aus russischer Perspektive ihre Verantwortung für den Frieden in Europa ausreichend war?

Meine Kritik trifft selbstverständlich nicht auf alle zu. Wir danken der Bundesregierung, den Landes- und Kommunalbehörden Brandenburgs und der weiteren Bundesländer für die gewissenhafte Pflege der sowjetischen Kriegsgräberstätten. In Deutschland gibt es über 4000 Soldatenfriedhöfe, auf denen ca. 800 000 Sowjetbürger ruhen. Die meisten von ihnen sind in den einst schwer umkämpften Orten der Mark beigesetzt. Wir danken allen, die auf die Soldatengräber aufpassen, die Erinnerung an die Toten in Ehren halten und den Vandalismus verhindern. Ich bin auch dem Ministerpräsidenten Dietmar Woidke für seine Bemühungen sehr verbunden. Leider verhält es sich nicht in allen Staaten so. Im Nachbarland Polen zum Beispiel werden sowjetische Denkmäler abgerissen und geschändet.

Dieses Gespräch möchte ich gern nutzen, um auch für die freiwillige humanitäre Geste der Bundesregierung gegenüber den Überlebenden der Leningrad-Blockade zu danken. Die Finanzierungsaktion für die Ausrüstung des Petersburger Veteranenspitals und die Einrichtung einer Begegnungsstätte für Blockade-Überlebende, Jugendliche und Vertreter der Öffentlichkeit in Sankt Petersburg wurde aus Anlass der vollständigen Befreiung Leningrads von der faschistischen Belagerung am 27. Januar gestartet.

Gibt es schon eine Einladung an den Russischen Präsidenten zum 8. Mai in Berlin oder umgekehrt an deutsche Politiker zum 9. Mai in Moskau?

Was die Feierlichkeiten in Moskau am 9. Mai anlässlich des 75. Jahrestags des Sieges anbelangt, so haben wir selbstverständlich auch die Vertreter der deutschen Staatsführung eingeladen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in seiner Pressekonferenz zum Jahreswechsel überraschend von einer polnischen Mitverantwortung für den Ausbruch des Krieges gesprochen. Warum hat er dies getan?

Im Vorfeld der Jubiläumstage, die in Verbindung mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stehen, bemühen sich einige Länder verstärkt um die Fälschung der Geschichte, verdrehen Ursachen, Fortgang und Bilanzen des Krieges. Auf lange Sicht will man mit der ideologischen Kampagne nicht nur den entscheidenden Anteil der Sowjetunion am Sieg über den Nazismus herunterspielen. Man bezweckt damit, den heuchlerischen Vorwurf in der europäischen Wahrnehmung zu verankern, die UdSSR sei genauso wie das Dritte Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich. Und das ist vollkommen falsch.

Vor diesem Hintergrund trat die Notwendigkeit auf, den Menschen den wirklichen Verlauf der Entwicklungen wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, die dem Kriegsbeginn vorausgegangen waren. Historische Tatsachen und Dokumente bezeugen, dass der Militärkonflikt eine Folge der Appeasement-Politik war, die durch die westlichen Länder gegenüber Hitler gefahren wurde und mit dem Münchner Komplott von 1938 ihren Höhepunkt fand. Mit profitiert davon hat Polen, das am Tag der Unterzeichnung des Abkommens Gebiete der Tschechoslowakei okkupiert hat.

Darüber hinaus sei daran erinnert, dass Warschau bereits 1934 den Nichtangriffspakt mit Nazi-Deutschland schloss und in diesem Sinne mit in der vordersten Reihe stand. Derartige Verträge wurden übrigens auch von anderen europäischen Ländern unterzeichnet, woran sich im Westen niemand heute erinnern will. Doch Tatsachen und Dokumente sind hartnäckig. Was die UdSSR anbelangt, so war die Sowjetunion bis zum Schluss bemüht, den nahenden Krieg abzuwenden. Dieser wurde nicht von der Sowjetunion begonnen. Er wurde von der Sowjetunion beendet.

Die Bundeskanzlerin hat bei ihrem kürzlichen Besuch im Kreml gemeinsam mit Präsidenten Putin über zahlreiche Konflikte in Europas unmittelbarer Nachbarschaft gesprochen. Was könnten Moskau und Berlin auch gemeinsam für Europa tun?

Die Vergangenheit kennt mehrere Beispiele für die wohltuende Auswirkung einer konstruktiven russisch-deutschen Zusammenarbeit auf die Lage in Europa. Ich bin überzeugt, dass es auf die Beziehungen zwischen unseren Ländern auch heute sehr

ankommt. Auch in der jetzigen schwierigen Situation entwickelt sich die Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland kontinuierlich in verschiedensten Bereichen der Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Bildung und Kultur weiter. Es wird ein steter politischer Austausch über drängende Fragen der bilateralen und internationalen Agenda, Lösung globaler Probleme und akuter regionaler Krisen gepflegt.

Mit dem Amtsantritt der neuen ukrainischen Staatsführung wurden der Zusammenarbeit im Normandie-Format neue Impulse vermittelt. Nach dem Pariser Gipfel arbeitet man auf ein weiteres Treffen auf höchster Ebene hin.

Welche gemeinsamen deutsch-russischen Initiativen zur Beilegung der Konflikte etwa in Syrien und Libyen sind denkbar?

Zu den jüngsten Beispielen der produktiven Kooperation können wir die Internationale Libyen-Konferenz dazurechnen, die mit Teilnahme des russischen Präsidenten Putin am 19. Januar in Berlin stattfand. Dem Gipfel vorausgegangen waren die Reise der Bundeskanzlerin nach Russland sowie die Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der libyschen Regierung der Nationalen Einheit Sarradsch und dem Befehlshaber der Libyschen Nationalarmee Haftar in Moskau. Nach unserer Einschätzung war die Berliner Konferenz alles in allem ein Erfolg. Das Abschluss-Kommuniqué stellte wichtige Weichen für die Normalisierung der Lage in Libyen, was aber das weitere Gespräch mit den Konfliktparteien nicht unnötig macht.

Wir sind der Meinung, dass in Bezug auf Syrien ein größerer Fortschritt möglich ist. Mehr als einmal schlug Russland den europäischen Partnern vor, eine aktivere Rolle bei der Unterstützung der Rückkehr der syrischen Flüchtlinge, dem Wiederaufbau des Landes, der Wiederherstellung der im Krieg zerstörten Infrastruktur zu spielen. Diese Initiativen finden bislang keinen Anklang, weil die Europäer nicht gewillt sind, mit der legitimen Regierung Syriens zu sprechen.

Auch in der Frage des Erhalts des Nuklearabkommens mit dem Iran läuft nicht alles rund. Denn die Europäer versuchen, die Verantwortung für die bestehende Situation Teheran in die Schuhe zu schieben und setzen sich somit über die Grundursachen der Krise hinweg. Und diese liegen bekanntlich darin, dass es die USA waren, die sich aus diesem Abkommen verabschiedet haben. Nichtsdestotrotz wollen wir den Dialog mit Europa nicht meiden. Nur so kann man das gegenseitige Vertrauen wiederaufbauen, das heute so erforderlich ist.

Wie bewerten Sie das von der NATO für die kommenden Monate angekündigte Manöver "Defender 2020" in Deutschland, Polen und im Baltikum?

Zur Vertrauensbildung tragen die groß angelegten Nato-Manöver an den russischen Grenzen mit knapp zwanzig teilnehmenden Staaten erst recht nicht bei. Um einzusehen, wie absurd die immer wiederkehrenden Aussagen sind, dass die osteuropäischen Nato-Mitglieder vor "aggressiven Aspirationen" Russlands geschützt werden müssten, genügen einige simple Rechenarten: Man addiere die Militärausgaben der Allianzmitglieder und setze diese in Relation zum russischen Militäretat. Spätestens dann sollte alles klar werden.

Seit über vier Jahrzehnten mit Deutschland beschäftigt

Der 1953 in Moskau geborene Sergej Netschajew absolvierte die dortige Lomonossow-Universität 1975 als Germanist. Seine diplomatische Karriere begann er zwei Jahre später als Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in der DDR. Nach einer Zwischenstation in der Mongolei war er ab 1992 Erster Sekretär der russischen Botschaft im vereinten Deutschland. Von 2010 bis 2015 war er erstmals Botschafter seines Landes in Österreich. Im Januar 2018 ernannte ihn der russische Präsident Wladimir Putin zum Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland.